

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Preisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Preis für Post und Stadt freiliegend, Ortsbezug halbjährl. 2.10. Vorbez. monatl. Nachlieferung vorbehalten. Einzelnummern 15 Pfennig. Sonntags 25 Pfennig. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 664. Geschäftsstelle: Alter Markt 4. Druckerei: Grotzschke & Co. für alle weiteren Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Druckort: Merseburg, im Falle 95b. Gen. (Straß. u. V. Befehl k. Anpr. a. Liefer. od. Rückvergr.).



Anzeigenpreis für den achtzeiligen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 5 Goldpfennige; für Schiffsanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpfennige. Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzanfragen ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Einnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 269

Freitag den 14. November 1924

164. Jahrgang

Tageschronik

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat eine hochpolitische Rede gehalten. (Unsere Leser finden diese auf der 3. Seite der Beilage abgedruckt.)

Der Antrag auf Haftentlassung des Generals v. Nathusius ist abgelehnt. Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Lille auf den 20. November festgesetzt worden.

Nach einer Mitteilung der Rheinlandkommission gelten die neu besetzten Gebiete von Darmstadt und Umgebung ab 17. November wieder als unbesetztes Gebiet.

Der belgische Minister Dymann erklärte, daß Belgien mit England ein Militärabkommen oder einen Sicherheitspakt abschließen will.

Die Verhandlung gegen General von Nathusius.

Paris, 14. November. „Journal“ meldet aus Lille, daß der Verteidiger des Generals von Nathusius, Mifsot, dort eingetroffen ist. Er hatte mit dem General eine lange Aussprache. Am Donnerstag trat der Platzkommandant dem General mit, daß sein Antrag auf vorläufige Haftentlassung, der durch Vermittlung der belgischen Rote-Kreuz-Gesellschaft werden könnte, abgelehnt worden sei. Der General erklärte hierauf, daß er sich nur in Kameradschaft seines Rechtsbefindens äußern werde. Er wurde ihm mitgeteilt, daß er am 20. November vor dem Kriegsgericht des 1. Arrondissements erscheinen werde.

Ein Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwalts.

Der Oberreichsanwalt hat auf Grund der bekannt gewordenen Beschuldigungen gegen den General von Nathusius ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Schon jetzt liegen zahlreiche Zeugenangaben vor, aus denen einhellig hervorgeht, daß General von Nathusius wegen seiner Unparteilichkeit und Anstandslosigkeit überall bekannt war. Seine Charakter- und Arbeitsweise zeichneten sich durch Ehrlichkeit und Mangel an Vornehmheit besonders aus. Niemand hat General von Nathusius den Verlust gemahnt, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um eine Rechtsbills für das französische Kriegsgericht, im Gegenteil, sowohl die Reichsregierung als auch der Oberreichsanwalt haben daran festgehalten, daß die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Lille unredlich und unbillig sind und uns nicht anerkannt werden können. Das Ermittlungsverfahren wurde auf Grund der deutschen Gesetze in Unabhängigkeit von dem französischen Verfahren eingeleitet und wird auch unabhängig durchgeführt werden. Sein Ergebnis wird allein ausschlaggebend sein für die Beurteilung der Schuldfrage.

Der Kampf um die Ausfuhrabgabe.

Paris, 14. Nov. Von ausländischer Seite wird behauptet, daß die letzte Unterbrechung in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen mit Fragen zusammenhängt, die sowohl in das Gebiet des Handelsvertrages als auch in das der Reparationsfragen fallen. Die einen meinen, daß es um ein Beispiel zu nennen, das Problem der Zuchtleiern, das unter dem Versailles Vertrag und dem Dawes-Guthachten zu regeln ist, aber andererseits bei den letzten Wirtschaftsverhandlungen gleichfalls eine Rolle spielt. Darunter besonders die Frage der Zuchtleiern, die in der Tat eine wichtige Rolle spielen. Man hofft in streifen der deutschen Vertretung, daß die letzten Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Der „Temps“ verzeichnet die Tatsache der eingetragenen Baule und betont andererseits, daß die Bestimmungen innerhalb der gemäßigten deutsch-französischen Ausfuhrabgabe eine sehr wichtigen Bestandteil sein können.

Von den Pariser Wägern gibt heute früh nur der „Matin“ eine ausführliche Darstellung von den Schwierigkeiten in den Verhandlungen. Er sucht nachzuweisen, daß die 26-prozentige Ausfuhrabgabe im Grunde genommen ein durchaus praktisches System bedeute: die deutschen Exporteure verlieren nichts dabei, da in Goldmark entschädigt würde.

Staatssekretär Trendelenburg in Berlin.

Paris, 13. Nov. Staatssekretär Trendelenburg, der Führer der deutschen Verhandlungen für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, hat sich heute abend zur Besichtigung über den Stand der Verhandlungen nach Berlin begeben. Die Mitglieder der Abordnung blieben in Paris.

Der Gedankenaustrausch wird fortgesetzt.

Berlin, 13. Nov. Trotz der Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen wird der Gedankenaustrausch fortgesetzt. Insbesondere hatte der deutsche Botschafter von Dösch eine längere Vorlesung mit Seydoux, und heute fand auf der deutschen Botschaft eine Besprechung der deutschen Unterhändler statt, von denen einzelne Abfragen mit den französischen Delegierten fortmündend in Gedankenaustrausch liegen. Daß die Naturwissenschaften Schwierigkeiten beim Abschluß eines Handelsvertrages bedeuten, ist unzutreffend. Vielmehr ergaben sich die Schwierigkeiten, als die deutsche Verhandlung die Frage der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe zur Erklärung brachte. Es liegt durchaus klar, daß die Frage, wenn ein Handelsvertrag abgeschlossen werden soll, gelöst werden muß. Auf französischer Seite muß man sich fragen, daß bei einer Fortdauer der Ausfuhrabgabe ein geordneter Handelsverkehr überhaupt unmöglich wäre. Es soll nicht verstanden werden, daß man auf deutscher und französischer Seite nicht durchaus pessimistisch getimmt

ist, man glaubt hier, daß die bestehenden Schwierigkeiten überbrückt werden können, wozu allerdings Zeit und Geduld nötig sein werden.

Der deutsche Standpunkt basiert auf den Dames-Abkommen.

Die französischen Meldungen zeigen, daß Frankreich die Verhandlungen wieder auf allgemeine Fragen zurückgeleitet hat, und zwar dadurch, daß es der Aufhebung der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe den besten Willen entgegengebracht hat. Die französische Regierung lehnt, wie die Abwendung der französischen Presse vom wirtschaftlichen zum politischen Standpunkt deutlich zeigt, die Aufhebung der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe aus politischen Gründen ab. Die Aufhebung ist aber sowohl handelspolitisch gesehen wie auch nach dem Wortlaut des Dames-Guthachten, die selbstverständliche Voraussetzung für die Aufhebung der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe und Wiederanrufung normaler Handelsbeziehungen. Mit der Abhebung, die 26-proz. Ausfuhr aufzuheben, will Frankreich, was die französische Presse auch durchdringt, einen Druck auf die deutsche Delegation und die deutsche Regierung in einer Reihe von Streitfragen der schwebenden Verhandlungen ausüben. Frankreich hat inzwischen das Angebot der deutschen Delegation gemacht, das Angebot der Einzelartikel zum Ausdruck kommen sollte, sich dahin einigt, daß in einer ganzen Reihe von Positionen nur der Zwischentritt und nicht aber der Minimalartikel für Deutschland in Betracht kommen soll. Außerdem besteht Frankreich auf die letzten Forderungen für die es abhingehenden Kontingente. Frankreich fordert noch immer die Fortdauer dieser Kontingente mit zeitweiliger Milderung auf ein Jahr, während die deutsche Regierung besonders Kontingente an Eisabfuhr nicht mehr zugehen will. Die deutsche Regierung ist nach den Ausführungen des Außenministers bereit, die Schwierigkeiten wenn irgend möglich aus dem Wege zu räumen, muß aber dabei natürlich die Grundlagen zur Durchführung des Dames-Guthachten und des Dawes-Guthachten selbst aufrecht erhalten, wie wenig sie im allgemeinen daran halten, daß ein Handelsvertrag mit Frankreich nur nach den üblichen handelspolitischen Bedingungen beschließen werden kann.

Unter Recht in der Gostschiffahrt.

Wie wir vorgeführt meldehen, hat sich der „Daily Telegraph“ eingehend mit den Verhandlungen beschäftigt, die durch die Aktivitäten der deutschen Vertretung angesetzt sind und dabei die Überzeugung geäußert, daß Deutschland nach dem 15. November allen ausländischen Fluggesellschaften die nicht von den Aktivitäten erlassenen Beschränkungen aufheben, das Behalten der Beschränkungen für ein Jahr, während die Ertrag des Außenministers Stresemann die Zustimmung zu dieser Maßnahme Stellung und schreibt: „Hoffe der Wiederstand Frankreichs gegen eine Milderung dieser Bestimmungen des Friedensvertrages weiter bestehen bleiben, so würde die von England aus befürchtete Verhängung tatsächlich mit baldiger Wirkung eintreten werden. Die Maßnahmen sind aus wirtschaftlichen Gründen sehr wichtiger sind als die Flugzeuge, die in Deutschland abgebaut werden dürfen, das Behalten des deutschen Gebietes verboten.“

Verhandlungen um die Preis der Luftverkehr.

Die Meldung des „Daily Telegraph“ kann dahin ergänzt werden, daß zur Zeit hierüber deutsch-französischen Verhandlungen in Paris im Gange sind. Der deutsche Standpunkt ist der, daß die Bestimmungen des Versailles Vertrages über den Flugverkehr über Deutschland generell sein, oder, wenn das dem Ausland nicht paßt, abgeändert werden müssen. Im vergangenen Monat hat eine letzte Sitzung stattgefunden, bis zum 15. November folgende Vereinbarung über den Verkehr englischer Flugzeuge über Deutschland getroffen worden. Diese Vereinbarungen konnten aber nur provisorisch sein, da es auf die Dauer nicht angängig ist, daß die deutsche Flugzeugindustrie unter den Beschränkungen des Versailles Vertrages von der ausländischen Konkurrenz zu Gunsten der deutschen Luftfahrt zu erleichtern wird. Man hofft, daß die Verhandlungen in Paris Frankreich überzeugen werden, daß die Behinderung Deutschlands im Flugverkehr eine Schwächung des internationalen Luftverkehrs zur Folge haben würde. Sollte sich jedoch Frankreich, sei es um des Wohlstandes des Versailles Vertrages willen, sei es um die Entschädigung der eigenen Flugzeugindustrie durch internationalen Luftverkehr zu befürworten, so dürfte auf eine Abänderung der Bestimmungen nicht einzulassen sein. Wir dürfen uns in diesem Jahre dem Verkehr ausländischer Flugzeuge über Deutschland generell dieselben Beschränkungen auferlegt werden, wie sie für Deutschland im Versailles Vertrag vorzusehen sind. Die Folge davon würde sein, daß über Deutschland nur kleinere Flugzeuge verkehren dürfen und für die leistungsfähigeren Flugzeuge des Auslandes treten in Europa eine Beschränkung geschaffen würde, die den internationalen Verkehr schwerer schädigen würde.

Herriot droht mit Rücktritt.

Paris, 13. November. Während die Budgetverhandlungen in der französischen Kammer bisher reibungslos vor sich gingen, kam es bei der heutigen Beratung des Budgets des

Stresemanns Bilanz.

Dr. Stresemann hat auf der Reichstagsung seiner Partei in Dortmund als Außenminister gesprochen und nicht als Parteimann. Man muß das in diesem Augenblick, wenige Wochen vor den Reichstagswahlen besonders anerkennen und man wird sich mit ihm nicht auf der Parteibasis auseinander zu setzen haben, sondern auf der Basis der Außenpolitik, von der er sprach. Natürlich bedeutet auch diese Rede eine Sitzung des Außenministers für seine Partei, denn ganz läßt sich in unserem heutigen Staatsystem die Außenpolitik eben nicht von der Parteipolitik trennen, aber es ist doch immerhin anerkennenswert, daß Stresemann den schuldigen Tribut an seine Partei nur in der recht kurzen und von seinem Standpunkt aus in nur natürlichen Schilderung dessen geleistet, was das Kabinett, dem Stresemann während seiner Amtszeit, alles erreicht habe. Nun, gemeinsam an dem Unglück der noch unerfüllten Gebiete ist das vom Kabinett Stresemann Erreichte noch nicht gar zu viel. Aber wenn Herr Stresemann in Dortmund spricht, fast der einzigen Stadt, die seine Politik zu befreien vermocht hat, dann wird er große Worte nicht erst zu belegen brauchen.

Es bricht eben in Stresemanns ganzer Rede immer wieder der alte Optimismus durch, der ihn einst das gefährliche Wort vom Silberstreifen sprechen ließ und der vielleicht auch taktisch-politisch nicht nützlich ist. Unendlich geschickt aber auch ist wiederum seine Redewendung über den Fall Nathusius, die der französischen Regierung eine goldene Brücke zum Rückzug baut, indem die Verhaftung des alten Generals „untergeordneten Organen“ zugeordnet wird. Das, was Stresemann über das Saarland sagte, ist sicher richtig, denn tatsächlich haben keine Elemente aus dem französischen Reichsgebiet in das Saarland eingedrungen. Aber gefährlich ist es, wenn Stresemann sich mit den gegebenen Umständen abfindet, und wenn man die weiteren zehn Jahre der französischen Effizienz eben anschauen, da im Versailles Vertrag nach 15 Jahren angelegte Volksabstimmung doch sicher zu unseren Gunsten ausfallen würde. Mag sein, daß Herr Stresemann in diesem Augenblick mit einer Bewegung nach Paris beruhigen zu müssen glaubte. Grundrichtig aber liegt hier der Unterschied der Politik, wie er von rechts her gegenüber dem alten Kabinett Stresemann immer geltend gemacht wurde: dieses ruhige Warten und dies In-den-Schuh-legen der Hände wird ja gerade von der selbstbestimmten Opposition angegriffen.

Wenn Stresemann sagt, das Geld aus der 800-Millionen-Anleihe fließe schon in die Kassen der Reichsbank und bald würde sich eine lebendige Wirkung auf die deutsche Wirtschaft fühlbar machen, so ist das einer der dunkelsten Punkte in Stresemanns politischem System. Sollen wir nicht die 800-Millionen an Frankreich weiterleiten, müssen wir nicht sogar die Differenz auffüllen, die zwischen dem Nennwert der Anleihe 800 Millionen und ihrem Ausgabebetrag 92 Prozent besteht, da der Dawesplan uns die Anleihe für unsere Verpflichtungen an die Reparationskasse mit 800 Millionen in Rechnung stellt? Oder wenn Herr Stresemann mit diesem kostbaren Bemerkung werden des ausländischen Geldes einen fatalen Weg, auf dem das aus Deutschland herausgezogene Geld durch Aufgabe von Schließungsaufträgen weiter in Deutschland zurückfließt?

Die im Zusammenhang mit dem Dawesplan im Ausland tendenziöse Nachricht von der deutschen Wettbewerbsentfaltung Stresemann geschieht mit dem Hinweis, daß wir erst 40 Prozent unseres Außenhandels aus der Vorkriegszeit wieder aufgebaut hätten. Man könnte diesen Gedankenweg weiter ausspinnen und zu einer Debatte über die Ursachen des Krieges aufsteigen, denn aus der Auslandspropaganda gegen die deutsche Konkurrenz könnte man auf die wirtschaftlichen Kriegsziele der Entente schließen. Im Ganzen genommen muß man bei dieser Rede wieder einmal das Gesicht des Außenministers betrachten, aber auch er hat uns nicht von der Güte und Nützlichkeit des Kabinetts Stresemann überzeugen können.

Ministeriums des Innern zu schweren Zwischenfällen, und Herriot sah sich gezwungen, mit einem sofortigen Rücktritt zu drohen, wenn die Sozialdemokraten Miene gemacht hätten, von seiner Weisheit abzuprinzipieren. Der Zwischenfall ereignete sich gelegentlich der Beratung über die Geheimfonds. Die Sozialdemokraten erklärten zunächst, daß sie nicht für die Geheimfonds stimmen könnten, weil sie ihren Parteigrundlagen widersprächen. Aber die Drohung Herriots wirkte, die Sozialdemokraten erklärten sich bereit, für die Geheimfonds zu stimmen, wenn man ihnen die Beziehung gäbe: „Anlagen der Sicherheitspolizei“, die den allgemeinen Kontrollregeln unterworfen sind. Herriot erklärte sich damit einverstanden, und das Kapitel wurde mit 207 gegen 224 Stimmen überwunden. Aber die Mitglieder des Kabinetts hatte sich zwar verringert, aber die Niederlage war vermieden worden.

Kein Ausweg im Streit um die Ruhrrente.

Paris, 13. November. Man glaubt in Paris, daß der neue englische Schatzkanzler Groucher sehr bald hierher kommen werde, um an einer Beratung der internationalen Finanzminister teilzunehmen, bei welcher Gelegenheit die Aufstellung der Ergebnisse der Ruhrbesetzung

Pauler Abrüstungszauber.

Der polnische Kriegsminister Sikorski war kürzlich in Paris und hat dort eingehende Verhandlungen mit dem französischen Kriegsminister gehabt. Aber nicht nur mit ihm, sondern auch mit dem Kollegen von der Marine, dem französischen Marineminister. Man sagt sich an den Kopf und fragt sich, was ein polnischer Kriegsminister mit der Marine zu tun hat. Aber die Sache läuft sich schnell auf. Nach dem "Manchester Guardian" haben die Herren in Paris sich über den Ausbau der polnischen Flottenmacht und über die Schaffung eines großen Kriegsschiffens an der Ostküste unterhalten. Der Hafen Gdingen, an der Danziger Bucht, soll zu einer starken Flottenbasis ausgebaut werden und alle Arten von Kriegsschiffen, hauptsächlich aber Torpedoboote, Unterseeboote und Wasserflugzeuge aufnehmen. Natürlich kostet das Polen unheimlich viel Geld, aber Frankreich verfolgt mit der Förderung dieser polnischen Pläne ein besonderes Ziel, nämlich die Ausdehnung der französischen Flottenmacht auf die Ostsee. Veranlassung zu diesen Plänen hat das Abwinken, schon so oft demontiert, aber immer wieder auftauchende Gerücht gegeben, daß bald eine gemeinsame Flottenmanöver der deutschen und russischen Flotte in der Danziger Bucht stattgefunden hätten. Natürlich war kein Wort an der Sache wahr. Der Hintergrund der Meldung bildet lediglich die Tatsache, daß einige russische Schiffe sich in der Danziger Bucht gezeigt haben.

Hier handelt es sich also um ganz deutsche strategische Pläne der beiden Bundesgenossen zum Zwecke des Zusammenwirkens zur See. Aber nicht nur zur See, sondern auch zu Lande wird Polen fortgesetzt von Paris ermutigt und aufgeschauelt, seine Abrüstungen fortzusetzen. Die französische Presse hochtätig sich dauernd mit der angeblich gefährdeten Lage Polens und den unklaren Grenzen des Landes. Der "Temps" schrieb dieser Tage, daß Polens Lage sehr schwach sei, weil es fortwährend bedroht werde. Jede neue Krise könne mit einem Angriff Deutschlands auf Polen beginnen. Deutschland wüßte die Verteidigung seiner Ostgrenze, und in diesem Punkte seien sich alle deutschen Parteien einig. Man traute also in Paris dem Frieden nicht. Wenn nun Polen dauernd zur Verstärkung seiner Heeresmacht aufgehetzt wird, für den Fall, daß Deutschland wirklich im Bäldebund oder anderswo die Revision seiner unparitairten Ostgrenzen verlangen sollte, dann kann das doch nur heißen, daß Polen und Frankreich sich gemeinsam dieser Revision widersetzen und allen etwaigen Verträgen Deutschlands mit Westeuropa durch neue Sanctionen, Gebietsbesetzungen im Westen usw. entgegen zu treten wollen. Wenn man zu solchen Mitteln greift, dann kann man sich nicht übermäßig sicher fühlen im Besitz seines Landes. Der "Temps" spielte auch auf die Gefahr des Zusammenstoßes wegen der Schiedsgerichte an, und er gab Polen den Rat, diese Beschlüsse nur dann durchzuführen, wenn alle geschlossenen Friedensverträge unverändert in Kraft bleiben und seiner Revision unterzogen werden.

Diese Genfer Beschlüsse vereinigen die Herrschaft der unerhörten ungerechten Friedensverträge und stabilisieren so gewissermaßen die Vorherrschaft Frankreichs und seiner Verbündeten in der kleinen Entente über ganz Europa. Die Geheimverträge Frankreichs mit den Staaten der kleinen Entente sind ausdrücklich aufrechterhalten worden. Ihr Fortbestehen hat Frankreich, zugleich im Namen seiner Verbündeten, geradezu zur Bedingung der Annahme der Beschlüsse gemacht. In dieser Annahme kommt der Wille zur Aufrechterhaltung des status quo zu ultimativem Ausdruck. Waren Frankreich und Polen nun von der Gerechtigkeit der

Friedensfestsetzung unter allen Umständen überzeugt, dann brauchen sie heute kein unbegrenzt Abrüstungsprogramm durchzuführen. Man kann daher beurteilen, was alle Friedensarten von der Abrüstung wert sind. An eine effektive Abrüstung denkt von unseren ehemaligen Kriegsgegnern noch kein einziger. Selbst der polnische Außenminister Strzymski, der als Freund des Bäldebundes einer gewissen passivistischen Gesinnung huldigen soll, hat niemals eine wirkliche Abrüstung im Sinne gehabt. In seiner großen Außenpolitischen Rede, die er vor kurzem im Sejm hielt, hat er trotz gelegentlicher Friedensworte nur das eine zum Ausdruck gebracht, daß Polen eine moralische Abrüstung für möglich halte und ihr seinerseits nichts Hindernisse in den Weg legen werde. Gleichzeitig bezeichnete er das Bündnis mit Frankreich als die feste Grundlage der polnischen Außenpolitik und als ein Werkzeug, die zivilisierte Welt vor rechtlosen Angriffen zu schützen. Also auch Strzymski spricht nur von moralischer Abrüstung, ein Begriff, mit dem ein vernünftiger Mensch nichts anfangen weiß. Eine wirkliche Abrüstung steht auch für ihn außerhalb jeder Erörterung.

Rur ganz unbeherrschbare Passivisten können glauben, daß die Welt einer neuen Phase der Veröberung und einer allgemeinen Abrüstung entgegengeht. Für den, der eben will, gibt es der Zeiten genug, daß wir in einem neuen Zeitalter der Kämpfe leben. Zu welchem Zweck? Denn auch Frankreich seine Generalstabsoffiziere noch Wachsen und Wachsen? Doch nicht etwa zu dem Zweck, daß sie dort für frühlichen und Orden bereiten sollen? Die Welt zeigt immer noch ein ernstes und hartes Gesicht. Vielleicht ist die Dichtung noch mehr unter dem Druck Frankreichs als die politische Republik. Wir wissen, daß der schiedliche Generalstab zum großen Teil aus französischen Offizieren besteht. Aber Frankreichs Pläne gehen noch weiter. Es genügt ihm nicht, daß die Kleinstaaten im Südosten Europas dauernd starke Verbrüderung haben, sondern es trifft auch die Verbrüderungen für den Ernstfall. Kann man es anders aufpassen, wenn, wie dieser Tage ein italienisches Blatt meldete, heute schon Verhandlungen zwischen Paris, Warschau und Belgrad angezettelt werden, wie man der Kleinen der Welt eine Entente einzeln einander einhergehen würde, dann sich doch nur auf den Fall einer neuen Auseinandersetzung mit Deutschland bezog, auf den Fall einer Revision der östlichen Grenzen beziehen. Gibt es einen stärkeren Beweis für die Notwendigkeit, den Weltgedanken im deutschen Volk wieder aufzuleben und die alte Erkenntnis zu predigen, daß nur der im Bäldeleben etwas bedeutet, der den Weltgedanken voll in sich aufgenommen hat?

Angesichts solcher umfassenden Pläne ist es ohne jede Bedeutung, wenn ein kleiner Staat wie Dänemark heute seinem Parlament einen Abrüstungsplan vorlegt. Bedeutet die Abrüstung einer solchen dritter Ranges wirklich etwas für die allgemeine Entwaffnung und Friedridigung Europas, wenn man gleichzeitig hört, daß Dänemark durch einen Geheimvertrag seine Häfen im Falle eines Krieges England (und vielleicht auch Frankreich) zur Verfügung gestellt habe. Die "Berlingske Tidende" konnte mit Recht darauf hinweisen, daß Dänemark bei Aufgabe seiner Abrüstung ein Beispiel für Fremde in Mächtig (wie Deutschland) werden würde. Unter der Herrschaft der Genfer Schiedsgerichtsverträge werde der Bäldebund an den künftigen Kriegen teilnehmen, und Dänemark wäre dann gezwungen, sein Land und Seeterritorium den militärischen Strafen des Bäldebundes zur Verfügung zu stellen. Dänemark wird also unweigerlich Kriegsstraftaplan werden, und dies um so sicherer, als jede Macht, die das dänische Land nicht in den Händen des Feindes sehen will, das dänische Territorium vorher belegen wird. Selbst die

Kleinstaaten gewinnen also nichts mit der Entwaffnung. Wohl aber laufen sie Gefahr, im Zustande der Entwaffnung noch sicherer als bei Aufrechterhaltung der Abrüstung zum Kriegsstraftaplan zu werden.

Die Frauen und der Wahlkampf.

Wenn die Männer schon den Wahlkampf als ein notwendiges Uebel ansehen, so sehen ihn die Frauen gegenwärtig mit noch größerer Abneigung gegenüber. In einer Zeit, in der das ganze deutsche Volk einmütig gegen die äußeren Feinde zusammenstehen sollte, ist es höchst unerschuldlich, daß die Parteien sich untereinander bekämpfen. Wahlmüdigkeit und Gleichgültigkeit, die angesichts der zu schnellen Wiederekehr der Neuwahl des Reichstages gerade in bürgerlichen Kreisen um sich gegriffen haben, drohen insbesondere auch die Frauen von der Wahlbeteiligung zurückzuführen.

Dem muß rechtzeitig mit aller Energie entgegen gearbeitet werden. Den Frauen muß immer klar gemacht werden, daß sie, da sie die Mehrheit des deutschen Volkes sind, den Ausschlag bei der Wahl geben, und daß sie sich daher an Volk und Vaterland verpflichten, wenn sie ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nicht genügen. Geht man nicht jede Frau aktiv im Wahlkampf als Rednerin mitwirken; auch die Zahl derjenigen, die sonst bei der Wahlarbeit tätig sind, wird nur eine beschränkte sein können, aber es sollte sich doch jede Frau beteiligen lassen, die die Abgabe des Stimmzettels allein wirklich nicht die volle Erfüllung ihrer Wahlpflicht ist. Stimmrecht bedeutet vielmehr tätige Anteilnahme am Schicksal von Volk und Staat, und daher muß auch die Frau an ihrem Teil dazu beitragen, das Geschick ihres Vaterlandes im Sinne ihrer politischen Weltanschauung zu beeinflussen. Bisher ist kein durch ein berechtigtes Volk zur rechten Zeit am rechten Ort gewirkt worden! Die bürgerlichen Frauen müssen sich klar sein, daß es bei dieser Wahl noch einmal um Schicksal und Zukunft von Reich und Staat geht. Die große Frage, ob unser Vaterland unter verständiger, sachlicher Führung wieder allmählich Ansehen unter den anderen Völkern, zur Friedridigung im Innern und zu einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung gelangt, hängt im wesentlichen von der Zusammenfassung des kommenden Reichstages ab. Wenn die bürgerlichen Parteien, ohne Demokraten und Sozialisten, nicht über eine starke, gesicherte Mehrheit verfügen, ist der ganze Wahlkampf umsonst, und wir stehen am 7. Dezember vor derselben Schwierigkeit, die uns die Wahlwahlen gebracht haben. Nur ein wirklich voller Sieg der bürgerlichen Parteien — mit Ausschluß der Demokraten, die nach dem Verhalten der letzten Zeit nicht mehr als bürgerliche Partei angesehen werden können — kann die Gewähr für eine Festigung unserer Stellung und unserer Verhältnisse innen und außen bringen.

Dazu ist notwendig, daß auch die Arbeiterfrau eintritt die Sozialdemokratie kann ihr das verheißene Paradies auf Erden nicht bringen, weil der Sozialismus Menschen und Dinge nicht nimmt und sieht, wie sie wirklich sind, sondern wie er sich nach seinen Theorien zurecht macht. Die Menschen sind nicht gleich, sondern verschieden, nicht die Masse, sondern die Person. Es ist nicht gut, den Ausschlag über das Weltverhältnis, Ehe, Familie, Autorität, Religion, Glaube, Gewissen und Vaterlandsliebe nicht seine abgelebten überlebten Begriffe, sondern bilden auch heute noch Sinn, Inhalt und Wert des Lebens. Die rein auf das diesseitige Wohlbefinden eingestellte materialistische Lebensanschauung des Sozialismus mit dem Motto: "Laßt uns essen und trinken, denn morgen wird wir tot", hat bereits in unserer Jugend verheerende Wirkungen angerichtet. Wer unser Volk retten will, muß es wieder zu erster tittlicher Lebensführung, zum Glauben an höhere

Der indische Zauberer.

Novan von L. von Vogelsberg.

10] Nachdruck verboten. "Sattar Khan! ..." murmelte Burthart und schauerte leicht zusammen trotz der Sonnenhitze. Doch der Händler drehte sich nicht um. Er bog in eine schattige, enge Seitengasse ein, kreuzte und durchschritt andere Straßen, stieg eine zusammengebrochene Mauer hinauf, durchquerte das Dickicht eines völlig verwilderten Gartens mit frozend üppiger Vegetation und blieb endlich vor dem schmalen, düsteren Eingang einer zerfallenen Bagode stehen. Fast willenslos war Burthart diesen abenteuerlichen Wegen gefolgt. Nur ab und zu griff er mit einem Gefühl der Beunruhigung nach der flachen Selbstabspaltung in der Tasche. Nun legte der Händler den Kopf ab, machte eine demütige Gebärde und sagte: "Verzeihe tausendmal, Herr, denn dich dein Diener wartete läßt. Doch es wird nicht lange dauern." "Nehmer!" dachte Burthart, denn er erkannte die Hand. Es dauerte aber noch keine Minute, da trat ihm aus den engen Türschwelle Sattar Khan entgegen, voll Würde und Anstand, mit beugendem Nacken und in die gleichen Schuhen gefoltert, die er auf der Gangstreppe trug. Es war der Betler von Shidistan, der indische Kaufmann von Djabodpur, der Baharabaja von Natipur, der Mangoverkäufer, es war eben immer der gleiche und doch jetzt in ein ganz anderes. Dieser hier und der Baharabaja zeigten die gleiche stolze Haltung, die gleiche Majestät, und doch glichen sie einander so wenig und wieder so sehr, daß Burthart bald einen Eid auf ihre Identität gefoltert und ihn gleich wieder als Meineid bezeichnet hätte. Jetzt verneigte sich der Indier freundlich mit einer einladenden Handbewegung und Burthart folgte ihm in das Dunkel. Sattar Khan schlug einen Weg zurück, wobei beide traten in einen ziemlich großen Raum, der wohl fast aber keineswegs unfreundlich ansah. Das war Burthart zuerst aufgefallen, war die maurische Stilleföhrung während doch das Äußere dem Kleisterer einer schlecht angeführten Bagode gleich. Durch die hochgelegenen Fensterbänke strömte ein helles, durch die umflehenden Säulen gebrochenes Licht,

das sich frohenförmig über den Boden ergoß und ihm mit einem leuchtenden goldgrünen Schimmer überföhrte. "Nimm Platz, o Herr!" sagte Sattar Khan und deutete auf eine mit einem schmalen, bernsteinelben Seidentapich bedeckte Mofsetbank. Dann verstand er, um gleich darauf mit einem kleinen Storb voll prächtiger Mangos, Rosen, Äpfel und anderer tropischer Früchte zurückzuführen. "Laß dir an diesen targa Dingen genögen!" hat er entzündend. Und ein taun merkwördiges Lächeln überzog sein Gesicht, als er sah, wie Burthart zögerte. Gegen die Sitte griff er selbst rasch in den Storb, nahm eine Mangofrucht, die er gefoltert zerteilte. Die eine Hälfte reichte er dem Gast, während er die andere genoß. Aber auch das hätte das Mißtrauen Burtharts noch nicht zu zerstreuen vermocht. "Natürlich wird er sich nicht gerade die etwa vergiftete Hälfte zu Gemüte ziehen!" murkte er innerlich, nicht aber, ohne sich gleich darauf über sein albernes Mißtrauen zu ärgern. Sattar Khan trug das Köbchen wieder hinaus und ließ sich Burthart gegenüber nieder. Und nach einer kleinen Weile begann er mit einem halb beschämten, halb selbstverpöhteten Lächeln: "Du wirst dich wundern, o Herr, daß ich dir eine Freundschaft entgegenbringe, die du gar nicht begehst. Ich weiß es, dich ergreift manchmal der Jora gen nicht und er wird es noch manchmal tun, wenn das Schicksal unsere Wege nicht trennt. Doch gebude dich und frage nicht, wögen dir o auch besondere Dinge vor Augen und Chren kommen. Selbst istst du die Söfuna finden." Seine Miene war immer erister, fast traurig geworden. "Auch du bist von Mißtrauen nicht frei. Sollte ich dich darum verwehren? Du hast mich in vielen Gefolten gesehen, aber die fohlernde Schöngre. Ich gebude und wirf keinen Stein auf mich und urteile nicht nach dem Schein." Er erhob sich und blieb mit gestreckten Armen vor Burthart stehen. Das grüne Licht von draußen warf einen schmalen Schein über sein blaßes Gesicht. Und wenn auch die hitzernde Wärme Sattar Khans nicht ohne Eindruck auf Burthart geblieben waren, so hatten sie doch einen Rest von Spottlicht zurückgelassen. Innerlich dachte er daher: "Beginn der Vorstellung! Genau wie dachem im Jritus!" Doch die Strepis wich mehr und mehr einer leise aufkeimenden Achtung. Das Gebaren des Mannes hatte so gar nicht

Reklameshaftes oder Spielerisches; es machte fast den Eindruck, als übe er eine ihm auferlegte strenge Pflicht aus. "Befiehl deinem Diener!" sagte Sattar Khan. "Der Mensch ist immer von Wünschen erfüllt. Auch du wirst einen Wunsch haben, dessen Erfüllung deine Augen gern sehen mögen. Sprich und es geschieht, doch verlange nichts wider das Gesetz der Natur." Hans Burthart nickte, noch halb verständnislos. Und hatte schon einen Wunsch, ganz zaghaft um doch so heftig. "Er sah den Betler, wie er ihn jetzt im stillen nachdenklich, etwas abweislich und ihn fragend anblickend. Und leise hörte er ihn auf einmal sagen: "Sprich deinen Wunsch nicht aus. Nicht alle Gebunden auf seine Erfüllung, schließte seine Augen und erhob sie erst wieder, wenn ich sage: 'Deffne!'" Groß und bebend stand jetzt der Betler vor ihm mit der vielstimmig besetzten Gebärde eines machtvolld Beschwörenden. Er schloß die Augen, aber fast schon während dieser Bewegung hörte er Sattar Khans flüsternde Stimme: "Deffne!" Und die Mahnung: "Wähle dich nicht von der Stelle, willst du nicht Schaden leiden!" Der Betler war verschwunden. Statt dessen sah Hans Burthart den Tempelraum, der ihm in seiner Form ein wenig verändert erschienen, mit einigen Teppichen belegt, auf denen ein hoher und breiter, mit dunkelgelb und blau gestreiftem Seidentoff überzogenen Divan stand. Das Gemach war leer. Nach wenigen Augenblicken jedoch löste sich aus der dunklen Türschwelle im Hintergrunde eine hellgeleuchtete Gestalt los und schritt auf den Divan zu, auf dem sie sich niederließ. Der ganze Vorgang hatte auf Hans Burthart wie ein elektrischer Schlag gewirkt. Er vibrierte am ganzen Körper. Denn vor ihm sah das Mädchen aus Shidistan. Das Sonderbare aber war, daß sie selbst keine Gegenwart nicht zu bemerken schien. Mit ruhigen, fast unbewegten war sie auf den Divan zugegangen und hatte sich, mit einem kleinen schmalen Buch in der Hand, niedergelassen. Sie warf weder einen Blick auf Hans Burthart, noch ab sie durch irgendein Zeichen zu erkennen, daß sie ihn bemerkte. Dabei lag alles klar und greifbar deutlich vor seinen Augen; er sah das Sonnenlicht über das weiße Kleid des Mädchens



